

Genauigkeit soll Grenzen haben

GNZ 15.03.2019

Brachttaler Haupt-, Finanz- und Bauausschuss möchte Datenspeicherung der Wasserzähler begrenzen

Brachtal-Hellstein (dl). Nicht alles, was möglich ist, soll auf unbegrenzte Zeit gespeichert werden. Bei der Präsentation von Bürgermeister Wolfram Zimmer für die geplante Umrüstung von mechanischen auf Digitalfunkwasserzähler haben sich insbesondere die Ausschussmitglieder der Freien Wähler (FWB) dagegen ausgesprochen, dass mit dem vorgestellten Gerät alle möglichen Daten unbegrenzt gespeichert und jederzeit ausgelesen werden können. Der Ausschuss sprach sich mehrheitlich gegen den Erwerb des Siegels „Kinderfreundliche Kommune“ aus. Es soll jedoch mit der Beteiligung aller Fraktionen ein Arbeitskreis zum gleichlautenden Thema gebildet werden.

Bei dem vorgestellten Modell des Herstellers Sensus, der auch von den Kreiswerken und den umliegenden Gemeinden favorisiert wird, soll vor einer Entscheidung der Gemeindevertreter auf Wunsch der Ausschussmitglieder geprüft werden, ob bei der Messung und Speicherung die EU-Datenschutzrichtlinien und die Grundrechte der Bürger eingehalten werden. Bürgermeister Zimmer wies darauf hin,

dass die Ausschreibung mit einer entsprechenden Anforderung versehen werde. Aufgrund der Genauigkeit der Messungen und der sich durch eine längere Nutzungsdauer ergebenden Einsparungen sei jedoch eine Umstellung auf Digitalfunkwasserzähler alternativlos. Zimmer hatte in einer Präsentation Pro und Contra der bisher verwendeten mechanischen Flügelradzähler sowie der Ringkolbenzähler erster und zweiter Generation den Vor- und Nachteilen der Digitalfunkwasserzähler als magnetisch induktive Durchflussmesser (MID) gegenübergestellt. Die derzeit eingebauten 1750 Wasserzähler werden in einem Intervall von fünf Jahren ausgetauscht, da die gesetzliche Eichfrist sechs Jahre beträgt. Sie werden einmal im Jahr abgelesen. Durch die kurze Nutzungsdauer ist der Personalaufwand für Ein- und Ausbau vergleichsweise hoch, und die aufwendige Ablesung der Zählerstände hat ebenfalls hohe Personalkosten zur Folge. Ungenauigkeiten beim Messen führen dazu, dass der Verbrauch in der Regel zu gering bemessen wird. Wasserverluste, die zum Beispiel durch Wasserrohrbrüche entstehen, werden bisher oft erst spät entdeckt und können nur

schwer geortet werden. Die digitalen Geräte sind in der Anschaffung teurer, haben aber bei einer Nacheichung auch eine längere maximale Nutzungsdauer von 15 Jahren. Durch Fernablesung kann das bisherige aufwendige Ableseverfahren auf einen Bruchteil verkürzt werden. Die Messung soll wesentlich genauer sein; Störungen, Lecks, Schäden und Manipulationen sollen damit leichter festzustellen sein. Nach einer Modellrechnung sollen die Geräte bereits nach sechs Jahren auch wirtschaftlicher als ihre Vorgänger sein. Bürgermeister Zimmer sagte zu, dass die Fragen zum Datenschutz vorrangig geklärt werden.

Auf Antrag der Freien Wähler (FWB) waren von der Verwaltung die Bedingungen und Vorteile des von der Initiative „Kinderfreundliche Kommune“ vergebenen Siegels gegenübergestellt worden. Auf der Basis der von einer mit Brachtal vergleichbaren Kommune veröffentlichten Daten wurde versucht, aus den von der Gemeinde Algermissen gemachten Erfahrungen entsprechende Schlüsse für Brachtal zu ziehen. Die 14 vorgestellten Vorhaben haben bei der Mustergemeinde die schon vorher eingeleite-

ten Prozesse ergänzt und so zu den gewünschten Ergebnissen geführt. Brachtal könne sinnvolle Maßnahmen von den an der Initiative teilnehmenden Kommunen lernen, ist die Empfehlung des Gemeindevorstandes. Bevor weitere Berater eingeschaltet werden, sollte jedoch die Gemeinde einen eigenen Aktionsplan zu diesem Thema aufstellen. Allein die hohen Kosten des Siegels, die sich mit dem Mitgliedsbeitrag für ein vierjähriges Programm in Höhe von 16000 Euro und den dabei entstehenden Nebenkosten sehr schnell auf 20000 bis 25000 Euro summieren, würden sich für Brachtal in der jetzigen finanziellen Situation nicht auszahlen. Torsten Gast von den (FWB) bedankte sich für die umfassende Analyse und kritisierte aber gleichzeitig die Schlussfolgerungen und die Empfehlung, die doch durch eine umfassende Diskussion erst hätte formuliert werden sollen. Gast möchte dem demografischen Wandel entgegenwirken, insofern sieht er die Notwendigkeit, die Attraktivität Brachtals für junge Familien zu erhöhen. Enrico Detzer (FWB) kann der Empfehlung der Verwaltung keinesfalls zustimmen, er möchte, dass in Brachtal nicht nur verwaltet, sondern auch gestal-

tet wird. Dazu seien Kinder und Jugendliche stärker in die kommunale Gemeinschaft mit einzubeziehen.

Grünen-Fraktionsvorsitzender Christiane Gunia sind die Kosten für das Siegel im Vergleich zum Nutzen zu hoch. Sie machte den Vorschlag, in einem neu zu bildenden Arbeitskreis erst einmal die Grundlagen für einen Aktionsplan zu schaffen. Klaus Schumann von der CDU stimmte dem insoweit zu, dass man den abstrakten Begriff „Kinderfreundliche Kommune“ erst einmal mit Inhalt füllen müsse. Ausschussvorsitzender Dieter Weber (SPD) griff diesen Gedanken auf und formulierte mit Unterstützung der anderen Mitglieder eine Empfehlung für die Gemeindevertretung: Eine Teilnahme am Programm „Kinderfreundliche Kommune“ mit dem Erwerb des Siegels der gleichnamigen Initiative wird nicht empfohlen. Das wurde von vier Mitgliedern bei einer Ablehnung und einer Enthaltung unterstützt. Darüber hinaus bat Weber alle Fraktionen, in der nächsten Gemeindevertreterversammlung einen entsprechenden von der Verwaltung vorbereiteten Antrag für die Gründung eines Arbeitskreises „Kinderfreundliche Kommune“ zu unterstützen.